



### Liebe Mitglieder, liebe Freunde der CDL,

leidenschaftlich geführte Debatten im Parlament sind heute eine Rarität. In den letzten Jahren waren es oft „unsere“ Themen, die zu grundsätzlichen Kontroversen im Bundestag geführt haben. Auch erlittene Niederlagen für den Schutz des Lebens lassen uns nicht verzagen. Unverzichtbar ist und bleibt unser Einsatz für eine Wahrheit, die Viele durch Mehrheiten abschaffen wollen, denn es gilt: jedes menschliche Leben, ob krank oder gesund, geboren oder ungeboren, ist gleich wertvoll!

Wichtige Auseinandersetzungen werden heute vor allem in den Medien geführt, besonders im Internet, das die Menschen zu jeder Uhrzeit und an jedem Ort der Welt unmittelbar erreicht. Schon seit Jahren hat die CDL dank unseres langjährigen stellv. Bundesvorsitzenden Roland Rösler eine breite Internetpräsenz aufbauen können. Dafür möchte ich ihm auch an dieser Stelle von Herzen danken!

Seit wenigen Tagen sind wir nun mit einem neuen Auftritt im Internet ver-

treten, den unser Vorstandsmitglied Dr. Susanne Lux kompetent betreut. Hier finden Sie schnell und informativ wichtige Nachrichten und Fakten zu unseren gemeinsamen Anliegen. Bitte nutzen Sie dies und empfehlen Sie unsere Homepage aktiv weiter. Sehr gerne senden wir Ihnen auch jeden Freitag unseren aktuellen CDL-Newsletter online zu. Geben Sie uns einfach Ihre Mailadresse bekannt!

In den nächsten Wochen wird sich entscheiden, ob der Bundestag der Freigabe der Präimplantationsdiagnostik (PID) tatsächlich zustimmt. Nicht nur hier, im CDL-aktuell, finden Sie sehr viele gute Argumente, mehr noch auf unserer neuen Homepage.

Nutzen Sie dies bitte, um vielleicht noch unentschlossenen Abgeordneten zu schreiben. Vielleicht gelingt es tatsächlich, die Selektion von Embryonen in Deutschland zu untersagen!

„Unsere Gesellschaft ist erbarmungslos geworden“ schrieb der bekannte Philosoph Robert Spaemann - dies gilt nicht allein gegenüber dem ungebornen Leben. Ende Mai will die Bundesärztekammer die ärztliche Beihilfe zum Suizid bzw. Selbstmord in der Standesordnung nicht mehr klar verbieten, sondern nur noch als (eigentlich) „nicht zu den ärztlichen Aufgaben gehörend“ bezeichnen.

Was dieser fundamentale Richtungswechsel, um den noch lebhaft gestritten wird, für Schwerkranke und stark Pflegebedürftige sowie Komapatienten u.a. bewirken würde, ist kaum auszumalen. Er bedeutet für unser Land den schleichenden Einstieg in die aktive „Sterbehilfe“. Davon müssen wir warnen und mahnen!

Am Osterfest feiern wir den Sieg des Lebens über den Tod! Wir bekräftigen unsere Hoffnung auf Auferstehung und Ewigkeit. Lassen wir uns Ostern wieder neu vom Schöpfer mit dieser Hoffnung beschenken, damit wir keinesfalls mutlos werden, sondern vielmehr in der Zuversicht wachsen. In herzlicher Verbundenheit  
Ihre

Mechthild Löhr  
Bundesvorsitzende

### CDL gratuliert J. Klöckner zu ihrem Wahlerfolg in Rheinland Pfalz

Nachdem die SPD mit Ministerpräsident Kurt Beck rund 10% Verluste hinnehmen mußte, konnte die CDU-Kandidatin Julia Klöckner sich über ihre Zugewinne freuen und der SPD nun auf Augenhöhe begegnen. Klare Position zu beziehen, erst recht in Lebensrechtsfragen, zahlt sich aus. Julia Klöckner zur PID:

„Auf den Lebensschutz kann es keinen Rabatt geben! Welches Leben lebenswert ist und welches nicht, darüber dürfen wir nicht entscheiden. Natürlich wünschen sich alle Eltern ein gesundes Kind. Aber selbst PID kann kein gesundes Kind garantieren. Wer aber einmal die Tür geöffnet hat und die Embryonenselektion zulässt, der bekommt sie nicht mehr zu. Die Begrenzung auf wenige genetische Defekt-Merkmale ist nicht haltbar. Dass ein Kind die Anlage zu Brustkrebs oder Niereninsuffizienz hat, heißt noch lange nicht, dass dieses Leben nicht lebenswert ist oder dass diese Krankheiten überhaupt ausbrechen. Wer die PID zulässt, setzt auf eine ethische Wanderdüne.“

Infos siehe: [www.stopp-pid.de](http://www.stopp-pid.de)

## Skandalentscheidung: Europa fördert „Kultur des Todes“

„Das sind trojanische Pferde auf Papier: eine Skandalentscheidung!“ - so klar kommentiert der CSU-Europaabgeordnete Martin Kastler (CDL-Mitglied) die vom Europäischen Parlament verabschiedeten Berichte zum „Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten in der EU“ (Bericht Estrela) und der „Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU“ (Bericht Nedelcheva).

Beide seien im Detail haarsträubend: „Die Berichte erklären Abtreibung unverhohlen zu einer Methode der Familienplanung und der Verhütung. Das ist grausamer Hohn am Recht auf Leben und auf Menschlichkeit!“

Kastler hatte zusammen mit anderen christlichen Abgeordneten bis zuletzt versucht, diese Passagen zu vermeiden - im Ende aber stimmte doch eine Mehrheit im Plenum dafür.

Nach dem Bericht der portugiesischen Sozialistin Edite Estrela sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten garantieren, „dass Frauen sich problemlos Empfängnisverhütungsmittel besorgen können und ein Recht auf sicheren Schwangerschaftsabbruch haben“ (Punkt 26).

Verhütung und Abtreibung damit auf eine Ebene zu stellen und, so Kastler, in einem Atemzug zu nennen, sei „geschmacklos und lebensverachtend - gerade so, als wäre das grausame Töten eines Embryos ein Kavaliersdelikt der Familienplanung.“

Der Bericht der bulgarischen Abgeordneten Mariya Nedelcheva fordert - obwohl eigentlich fokussiert auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt - in Punkt 66 ähnliches: „Dort schweift der Bericht ab zur sogenannten reproduktiven Gesundheit - und stellt ebenfalls Abtreibung und Verhütung auf eine Ebene für Bevölkerungsplanung. Es ist dreist, wie uns hier moralische Bomben im Geschenkkarton der Gleichberechtigung untergejubelt werden sollen“, so Kastler.

Leider, so Kastler, denke man in der EU-Kommission nicht anders. Auf eine von ihm eingereichte offizielle parlamentarische Anfrage zur Definition von

„sexueller und reproduktiver Gesundheit“ heißt es seitens der EU-Kommission lapidar:

„Das Rechtsgut der sexuellen und reproduktiven Gesundheit schließt den Zugang zu sicherer Abtreibung überall dort ein, wo diese legal vorgenommen werden kann.“ - Damit, so Kastler, zeigen die Berichte Estrelas und Nedelchevas wie auch die Aussagen der EU-Kommission, dass die relativistischen, antichristlichen Kräfte durchaus den Einfluss haben, Mehrheiten für eine „Kultur des Todes“ zu schaffen.

## Behindertenbeauftragter Hubert Hüppe warnt vor Dambruch

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, hat seine Forderung nach einem gesetzlichen PID-Verbot erneuert.

Anlässlich des Welt-Down-Syndrom-Tages (21.3.) äußerte der Behindertenbeauftragte die Befürchtung, daß die Selektion von Menschen mit Down-Syndrom ausgeweitet werde:

„Bereits heute gehört das Down-Syndrom zu den Merkmalen, aufgrund derer ein Mensch vor der Geburt am häufigsten aussortiert wird. Würde jetzt die PID erlaubt, ist der Dambruch vorgezeichnet“, erklärte Hüppe.

Der Schirmherr der Initiative „Stoppt PID“ betonte, daß sich diese Entwicklung bereits bei der Pränataldiagnostik gezeigt habe, die zunächst nur für wenige Fälle vorgesehen war und heute praktisch eine Routineuntersuchung darstelle.

Der Welt-Down-Syndrom-Tag müsse Anlaß sein, so Hüppe, das vorurteilsbehaftete Bild von Behinderten, das in der Debatte zur Präimplantationsdiagnostik immer wieder deutlich werde, zu hinterfragen.

„Menschen mit Down-Syndrom erfahren tagtäglich diese Vorurteile. Sie leiden nicht am Down-Syndrom, sondern an der gesellschaftlichen Ausgrenzung. Dieser Ausgrenzung darf kein Raum gelassen werden. Menschen mit Down-Syndrom gehören mitten in die Gesellschaft“, forderte Hüppe.

## Buchtipp: „Gesellschaft ohne Gott“

Dem Bonner Politikwissenschaftler Andreas Püttmann ist etwas Seltenes und Wertvolles gelungen: In seinem neuesten Buch legt er eine Beschreibung von „Siechen und Zusammenbruch christlicher Leitkultur“ in Deutschland vor, die den Leser am Ende nicht resigniert zurückläßt.

Das Besondere an dem Buch ist, daß Püttmann nicht bei der - auch bei Lebensschützern oft zu hörenden - Klage über die immer gottlosere Welt und den zunehmend aggressiver werdenden Säkularismus verharret.

Vielmehr führt er den Leser von der niederschmetternden Diagnose („Glaubensdepression“) zu einem Therapieversuch, der aufhorchen lässt: „Mutiger bekennen“, „Treuer beten“, „Fröhlicher glauben“, „Brennender lieben“ - ein „Vier-Punkte-Programm zur geistlichen Revitalisierung“, dem „Stuttgarter Schuldbekennnis“ des Rates der EKD von 1945 entnommen.

Der besondere Wert des Buches für den Lebensschutz liegt schon in der schonungslosen und kenntnisreichen Zustandsbeschreibung - man denke nur an die Debatten um Abtreibung, Euthanasie, Eugenik, PID und Stammzellforschung. Zudem erklärt Püttmann mit Hilfe der empirischen Sozialforschung wichtige, auch in den Lebensrechtsdebatten wirksame Phänomene wie Schweigespirale, Isolationsfurcht und Medienwirkungen.

Schließlich zeigt er auf, wie stark der Wandel der C-Parteien in den letzten Jahrzehnten gewesen ist, auch im Lebensschutz, und gibt Hinweise zum Umgang mit und zu den Erwartungen von Journalisten. Leidenschaftlich plädiert er für eine neue Streitkultur und für Tapferkeit als „Kardinaltugend christlicher Freiheit in gottvergessener Zeit“ - ein sehr anregendes Buch für engagierte Lebensschützer!

**Andreas Püttmann: Gesellschaft ohne Gott - Risiken und Nebenwirkungen der Entchristlichung Deutschlands. Gerth Medien, Aßlar 2010, 288 Seiten, 17,95 €.**

*Christian Poplutz*



## Erster hessischer Kreisverband der CDL gegründet

In Anwesenheit der CDL-Bundesvorsitzenden, Mechthild Löhr und des hessischen CDL-Landesvorsitzenden Christian Poplutz konstituierte sich der hessenweit erste CDL-Kreisverband.

Die Gründungsversammlung, zu der CDU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer Teilnehmer und Gäste begrüßte, fand Mitte März 2011 im Eschenburger Ortsteil Wissenbach statt. Zum Kreisvorsitzenden wählten die Anwesenden Daniel Steinraths aus Lahnaun.

Mit der Gründung von Kreisverbänden, die es in einigen anderen Bundesländern bereits gibt, soll auch in Hessen die Arbeit der CDL auf eine breitere Basis gestellt werden.

Die Teilnehmer der CDL-Gründungsversammlung sind sich einig, daß das Thema Schutz des Lebens „weit über das politische Tagesgeschäft hinausgeht“ und eine völlig andere Dimension hat als andere Themen in Politik und Gesellschaft.

Einig war man sich auch, daß sich die Unionsparteien dieser Themen verstärkt annehmen und sie diskutieren müsse, um so jenen eine Stimme zu geben, die das aus eigener Kraft nicht können.

Dafür will sich der CDL-Kreisverband Lahn-Dill engagieren. Neben dem Vorsitzenden Daniel Steinraths gehören dem auf zwei Jahre gewählten Vorstand Gerlind Elsner (Hüttenberg) als 2. Vorsitzende, Ulla Viehmann (Herborn) als Schriftführerin an - sowie

*FOTO: Der Gründungsvorstand des Kreisverbandes Lahn-Dill der CDL: Von links Berthold Keller, MdL Hans-Jürgen Irmer, Gerlind Elsner, Daniel Steinraths, Bundesvorsitzende Mechthild Löhr, Frank Steinraths, Alexander Beer, Ulla Viehmann und Landesvorsitzender Christian Poplutz.*

die Beisitzer Elke Würz (Driedorf), Berthold Keller (Leun), Alexander Beer (Breitscheid) und Frank Steinraths (Wetzlar).

Landesvorsitzender Christian Poplutz sieht in der Gründung des CDL-Kreisverbandes Lahn-Dill eine „Initialzündung für das Entstehen weiterer Kreisverbände in Hessen“.

## Lebensrechtler trauern um Bernard Nathanson

Der bekannte amerikanische Pro-life-Mediziner Dr. Bernard Nathanson ist am 21.2.2011 an einer Tumorerkrankung verstorben.

Er war zunächst alles andere als ein Lebensrechtler: 1968 gründete er die „Nationale Aktionsliga für Abtreibungsrechte“ und führte selber tausende von Abtreibungen durch.

Mit der Einführung des Ultraschalls wurde er immer nachdenklicher und ab 1979 ein konsequenter Abtreibungsgegner, bekannt vor allem durch seinen Film „Der stumme Schrei“.

Auch in religiöser Hinsicht änderte sich allmählich seine Haltung. Der gebürtige Jude war nach seiner Wende zum Lebensrecht zunächst Agnostiker und Humanist, näherte sich sodann schrittweise dem Christentum an. 1996 trat er in die katholische Kirche ein: Kardinal John Connor taufte ihn am 8. Dezember, dem Fest der Erhöhung Mariens.

## Ratgeber sorgt für Zorn: „Abtreiben sicherer als Geburt“

In Großbritannien zieht ein offizieller Ratgeber für schwangere Frauen den Zorn von Abtreibungsgegnern auf sich. „Frauen sollten wissen, daß eine Abtreibung grundsätzlich sicherer ist, als die Schwangerschaft auszutragen“, zitiert „Sunday Telegraph“ aus dem Entwurf eines Dokuments des Königlichen College der Geburtshelfer und Frauenheilkundler.

Der Ratgeber von 18 hochrangigen Gynäkologen, Krankenschwestern und Abtreibungsärzten führt aus, daß die meisten Frauen nach einer Abtreibung keine psychologischen Schäden davontrügen.

## „Absurde liberale Agenda“

Die Lebensschutzvereinigung Pro-Life-Alliance protestierte gegen den Ratgeber-Entwurf. Das Dokument manipulierte den wissenschaftlich geführten Beweis. Es handle sich um einen „krassen Versuch, Frauen eine absurd liberale Agenda aufzuzwingen, und zwar just zu einem Zeitpunkt, an dem sie am verletzlichsten“ seien.

Die Psychiaterin Patricia Casey erklärte, der Ratgeber des Royal College sende eine „sehr beunruhigende Botschaft“ aus. Mehr als 30 Studien belegten eine deutliche Verbindung zwischen psychologischen Traumata und Abtreibung. Der „Sunday Telegraph“ berichtet, das College habe auf Nachfrage der Zeitung signalisiert, Passagen des Dokuments überarbeiten zu wollen.



## Neuer Landesvorstand der CDL-Bayern bis 2012 gewählt:

Manfred Libner, Vorsitzender  
Bernd Kreuels, Stellvertreter  
Hildegard Regensburger, Stellvertreter  
Dr. Matthias Rumberger, Stellvertreter  
Hans Winklbauer, Schriftführer  
Lidvine Gräfin von Preysing, Schatzmeister

### Beisitzer:

Franz und Hildegard Plonka, Kassenprüfer  
Consuleo Gräfin v. Ballestrem  
Alexander Dorow  
Christoph Friedrich  
Marina Helfirch  
Sophia Kuby, Jugendbeauftragte  
Christiane Lambrecht  
Dr. Norbert Pilz, kooptiert  
Ulrich Schäfer  
Andreas Späth  
Claudia Winklbauer, kooptiert  
Michael Winkler

## CDL-Landesverband Bayern

### Menschlichkeit der Gesellschaft steht auf dem Spiel

#### MdB Singhammer begründet PID-Verbots-Initiative bei CDL

München, 2.2. 2011: „Eine Gesellschaft, in der der Staat darüber entscheidet oder andere darüber entscheiden lässt, welches Leben gelebt werden darf und welches nicht, verliert ihre Menschlichkeit“, betonte der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Singhammer, in München mit Bezug auf die aktuelle Diskussion um PID.

Es sei durchaus anzuerkennen, daß Paare mit der Erfahrung einer eigenen Erkrankung oder von Tot- oder Fehlgeburten einen hohen Leidensdruck verspürten, bekräftigte er bei einem sehr gut besuchten Diskussionsabend der bayerischen CDL.

Gleichzeitig dürften aber die gesellschaftspolitischen Auswirkungen einer Zulassung der PID nicht außer Acht gelassen werden. Die durch Legalisierung der PID gesetzlich legitimierte Selektion von Menschen vor Beginn der Schwangerschaft würde einen Paradigmenwechsel darstellen. Der Münchner Bundestagsabgeordnete ist Mitinitiator einer Gruppe von Parlamentariern, die ein umfassendes gesetzliches Verbot der PID anstreben.

### Unterstützer aus allen Bundestagsfraktionen

Eine höchst beachtliche Gruppe aus allen im Bundestag vertretenen Parteien ist ebenfalls für ein PID-Verbot

Zu ihr zählen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) genauso wie die kürzlich Mutter gewordene SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, ferner Unionsfraktions-Chef Volker Kauder (CDU) und die ehem. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD), aber auch Grünen-Gesundheitsexpertin Birgitt Bender, ihre Fraktionskollegin und Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt, Pascal Kober von der FDP und Kathrin Vogler von der Linkspartei.

„Ein immer weiter um sich greifendes medizinisches Optimierungsstreben verletzt und stigmatisiert alle Menschen, die sich bewußt gegen die Idee der Machbarkeit entscheiden“, gab der langjährige Bundestagsabgeordnete zu bedenken.

Überdies würden die unsicheren „Erfolgs“-Prognosen der PID zeigen, daß diese die geweckten Hoffnungen nicht erfüllten. PID wird angewandt, um künstlich erzeugte Embryonen noch außerhalb des Mutterleibs auf Krankheiten zu untersuchen, bei möglichen Schäden des Erbguts auszusortieren und damit zu töten, erläuterte Professor Christoph von Ritter von der RoMed-Klinik Prien am Chiemsee in seinem Impulsreferat.

„Wir treten entsprechend der Vorgaben des Grundgesetzes und der europäischen Grundrechtscharta für eine Gesellschaft ein, in der jeder Menschen den gleichen Anspruch auf Würde sowie die gleichen und unveräußerlichen Rechte auf Teilhabe besitzt“, stellte Singhammer klar.

„Unser gesellschaftliches Bild von Menschen, die nicht zu 100 Prozent gesund seien, muss sich ändern.“ Körperliche und intellektuelle Beeinträchtigungen seien selbstverständlicher Ausdruck menschlicher Vielfalt, argumentierte der Vater von sechs Kindern. Der Vorschlag, die Entscheidung dem betroffenen Paar und/oder dem Arzt zu überlassen, würde faktisch einer kompletten Freigabe der PID gleichkommen. Bei einer solchen Entscheidungsmöglichkeit gebe der Staat seine Schutzfunktion gegenüber dem Embryo auf.

### Verfassungsgericht: Leben ab Empfängnis

„Nach dem Embryonenschutzgesetz und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts beginnt menschliches Leben mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle“, erinnerte Singhammer.

„Jedes menschliche Leben enthält an sich und in sich bereits seinen vollen, unverfügbaren und eigenständigen Wert. Es trägt die volle Berechtigung und Rechtfertigung zum Leben bereits in sich.“ - Durch die Zulassung der

PID würde eine Selektion menschlichen Lebens allein aufgrund einer schweren Erkrankung oder Behinderung wieder in die deutsche Rechtsordnung eingeführt.

Eine Zulassung der PID würde auf potentielle Eltern außerdem sozialen Druck ausüben, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen oder sich vor der Gemeinschaft rechtfertigen zu müssen, wenn sie die PID ablehnten und ein Kind mit Beeinträchtigungen bekämen.

Bereits jetzt berichteten Eltern behinderter Kinder von Diskriminierungen. Die Akzeptanz für das Verfahren, auf Probe erzeugte Embryos mit einer bestimmten Erkrankung oder Behinderung aussortieren zu können, stelle damit unterschwellig einen Angriff auf die Würde eines jeden Menschen mit diesen Erkrankungen oder Behinderungen dar.

**PID: Keine Therapie, sondern genetische Auswahl**

Paare mit genetischen Erbkrankheiten müßten, um eine PID durchführen zu können, eine künstliche Beruchtung (IVF) auf sich nehmen, obwohl sie auf natürliche Weise fortpflanzungsfähig seien. Die IVF sei für die betroffenen Frauen mit erheblichen körperlichen (z.B. Hormonstimulation, hohe Zahl an Mehrlingsschwangerschaften) und seelischen Belastungen verbunden, berichtete der Abgeordnete.

Die durch IVF gezeugten Kinder hätten ein erhöhtes Fehlbildungsrisiko. Dem stehe eine vergleichsweise geringe Erfolgsquote gegenüber: „Höchstens 20 % der Frauen bekommen nach einer PID ein Kind. Die PID ist keine Therapie, sondern dient der genetischen Auswahl.“

Eine auf schwerwiegende Erkrankungen begrenzte PID-Zulassung sei unrealistisch. In den meisten Staaten, die PID anwenden, sei eine deutliche Ausweitung der PID zu beobachten.

Darunter fielen auch vergleichsweise leichte Behinderungen. Es bestehe mit Blick auf Erfahrungen aus dem Ausland schließlich die Gefahr, daß künftig nicht nur „unerwünschte“ Em-

bryonen aussortiert, sondern gezielt „erwünschte“ Embryonen erzeugt und eingepflanzt würden, die zum Beispiel als Organ- oder Knochenmarkspender für erkrankte Familienangehörige mit passenden Immunmerkmalen dienen können.

Weitere Infos:  
Manfred Libner  
(CDL-Landesvorsitzender Bayern)



FOTO: Hannah Hummel, Odila Carbanje, Stephan Lay

**Stand beim Kongreß christlicher Führungskräfte**

Der diesjährige Kongreß christlicher Führungskräfte fand vom 24.-26. Februar in Nürnberg statt. Die ca. 3.800 Teilnehmer bekamen ein vielfältiges und mit hochkarätigen Referenten besetztes Programm geboten. In den Beiträgen spielten unsere Lebensrechtsthemen auch eine Rolle.

So sprach sich die BKU-Vorsitzende und CDU-Bundtagsabgeordnete Marie-Luise Dött in ihrem Vortrag „Meine Maßstäbe als Christ für politisches Handeln“ klar für ein Verbot der PID aus. Neben dem üblichen Publikumsverkehr konnten wir erfreulich viele CDL-Mitglieder an unserem Stand begrüßen.

**Woche für das Leben  
7. - 14. Mai 2011**

**Auszüge aus einem Interview hierzu mit Mechthild Löhr in „Kirche heute“ (Nr. 4/2011)**

*Vor gut 20 Jahren wurde die jährliche „Woche für das Leben“ eingeführt. Wer steht hinter der Initiative und was war ihr ursprüngliches Ziel?*

Bis zur Reform des § 218 im Jahr 1992 hat sich vor allem die katholische Kirche in den starken Kontroversen mit unermüdlichen Warnungen vor der zerstörerischen Folgen einer Freigabe der Abtreibung zu Wort gemeldet.

Sie lehnte die Reform des §218 ebenso ab wie das vermeintliche Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren über das Lebensrecht des ungeborenen Kindes - und bezeichnete Abtreibung als eine Straftat gegen die Menschenwürde.

In dieser Zeit entstand gemeinsam mit der EKD die „Woche für das Leben“, die das Ziel hatte, sowohl innerkirchlich wie in Öffentlichkeit und Politik einen besseren Schutz des ungeborenen Lebens anzumahnen und gemeinsam vor der Akzeptanz der Abtreibung zu warnen.

1992 vollzog sich dann ein weitreichender politischer und rechtlicher Positionswechsel, der das Leben der Ungeborenen nicht mehr durch ein mit Strafandrohung bewährtes Abtreibungsverbot schützte, sondern nur noch durch eine verpflichtende Beratung der Schwangeren.

Seither gilt in Deutschland - vom Bundesverfassungsgericht bestärkt - der Grundsatz, Abtreibung sei rechtswidrig aber straffrei. Das Lebensrecht des Kindes unterliegt damit dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren.

Der Beratungsschein wurde eingeführt und sowohl die katholische Bischofskonferenz wie auch die EKD beteiligten sich fortan mit kirchlichen Beratungsstellen an der Vergabe der Scheine, die die Schwangere zur Zulässigkeit einer Abtreibung benötigt.

Allein Erzbischof Johannes Dyba weigerte sich, diese Scheine in seiner Diözese auszustellen. Erst im Laufe des Jahres 2000 verzichteten die Bischöfe auf Anordnung des Papstes auf die Ausstellung des Abtreibungsscheins.

Inzwischen war auch seitens der EKD die durch Beratung flankierte Abtreibung als legitimes Frauenrecht praktisch anerkannt. Insgesamt führte dieser innerkirchlich hochkontroverse Prozeß in den neunziger Jahren dazu, daß EKD und DBK in der „Woche für das Leben“ immer seltener die Abtreibung oder gar ihre Verurteilung thematisierten und sie nicht mehr dem Mittelpunkt der „Woche für das Leben“ stellt.

Im Zentrum dieser Woche steht seither die gemeinsame ökumenische Eröffnungsfeier, ein kleines Informationspaket mit Plakaten und Broschüren, ein Jahresmotto sowie die Einladung an Gemeinden und Diözesen, ihrerseits eigene Veranstaltungen durchzuführen.

Insofern haben sich die Erwartungen definitiv nicht erfüllt, die viele Christen und auch Lebensschutz Organisationen mit der Einführung einer solchen Woche verbunden hatten!

*Wie wird die „Woche für das Leben“ inner- und außerkirchlich angenommen? Spielt sie überhaupt eine gesellschaftspolitische Rolle?*

Leider nein! Nachweislich ist in den letzten zwei Jahrzehnten in allen Generationen das Bewußtsein für den Wert des menschlichen Lebens stark zurückgegangen, wie dies zum einen die bleibend hohen Abtreibungszahlen als auch Umfragen zur Einstellung zu Abtreibung zeigen. Heute gehen gerade junge Menschen weitgehend davon aus, daß eine Abtreibung das legitime und legale Entscheidungsrecht jeder Frau sei.

Außerhalb der Lebensschutzbewegung werden sie nur selten hören, dass der Rechtsgrundsatz und das fünfte Gebot „Du sollst nicht töten.“ nicht nur gegenüber Geborenen, sondern genauso gegenüber Ungeborenen gilt. Das öffentliche Reden über Abtreibung und ihre schrecklichen Folgen ist innerhalb wie außerhalb des kirchlichen Raums nahezu völlig tabuisiert. Wir müssen aber seit 1975 von rund 8 Millionen Abtreibungen ausgehen, es gibt also Millionen Betroffener und Mitwirkender.

Bei Vielen besteht wohl die Sorge, sich durch Kritik an Abtreibung unbeliebt zu machen sowie auch die Angst, indirekt oder direkt Beteiligte durch Verurteilung von Abtreibungen zu „diskriminieren“.

Dies hat eine Schweigespirale ent-

stehen lassen. Diese wird leider durch die „Woche für das Leben“, die man inzwischen vielleicht ehrlicherweise in „Soziale Woche“ umbenennen sollte, nicht durchbrochen. Inzwischen sind die zentralen Fragen, die behandelt werden, auf Gerechtigkeits- und Gesundheitsthemen, auf Fragen der Integration, der Lebensqualität und sozialen Solidarität ausgerichtet, während der Schutz des ungeborenen Lebens, gar die Abtreibung nur marginal erwähnt werden.

## Kontroversen innerhalb der Ärzteschaft über Beihilfe zur Selbsttötung

Die hessische Landesärztekammer hat sich grundsätzlich gegen eine Mitwirkung von Ärzten bei der beabsichtigten Selbsttötung von Patienten ausgesprochen.

Die Delegiertenversammlung des Verbandes äußerte sich zugleich gegen die veränderten Grundsätze der BÄK (Bundesärztekammer) zur ärztlichen Sterbebegleitung:

Die BÄK hatte im Februar 2011 zwar festgehalten, daß die „Mitwirkung des Arztes bei der Selbsttötung keine ärztliche Aufgabe“ sei, jedoch den früheren Grundsatz aufgegeben, wonach die Beihilfe zum Suizid dem ärztlichen Ethos widerspreche.

Im Vorwort der neuen Leitlinien schreibt BÄK-Präsident Jörg-Dietrich Hoppe, man habe „damit die verschiedenen und differenzierten individuellen Moralvorstellungen von Ärzten in einer pluralistischen Gesellschaft anerkannt, ohne die Grundausrichtung und die grundlegenden Aussagen zur ärztlichen Sterbebegleitung infrage zu stellen.“

Das „Patientenverfügungsgesetz“, die neue Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Sterbehilfe und die öffentlich gewordenen Fälle der ärztlichen Beihilfe zum Suizid in Deutschland beschäftigten Medien und Öffentlichkeit.

Über die tatsächliche ärztliche Praxis am Lebensende war dagegen bisher wenig bekannt; dies hat sich nun geändert:

Das Forscherteam der RUB (Ruhr-Universität Bochum) befragte unter

der Leitung von Prof. Dr. Jochen Vollmann erstmals Palliativmediziner zu ihren Handlungen am Lebensende bei dem zuletzt verstorbenen Patienten. Die Studie erfolgte in Zusammenarbeit mit der „Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin“; dabei konnten 780 Todesfälle ausgewertet werden.

## Ärzte nehmen häufig Lebenszeitverkürzung in Kauf

Die Studie der Medizinethiker führte allerdings zu problematischen Ergebnissen. Genauere Resultate der anonymen Befragung werden in der Fachzeitschrift „Palliative Medicine“ veröffentlicht.

Palliativmediziner führen demnach bei mehr als drei Vierteln ihrer Patienten in der letzten Lebensphase Maßnahmen der Symptomlinderung mit einer möglichen Lebensverkürzung durch.

In 69% der Fälle wurden therapeutische Maßnahmen begrenzt und für einen Teil der Patienten ein früherer Todeseintritt erwartet. In zehn Fällen gaben die Ärzte sogar an, den Tod des Patienten absichtlich herbeigeführt zu haben.

Ärzte mit der Zusatzbezeichnung „Palliativmedizin“ gaben deutlich seltener an, Maßnahmen zur absichtlichen Lebensverkürzung durchgeführt zu haben. In 47 Fällen wurden die Patienten nicht über eine mögliche Lebensverkürzung informiert, obgleich sie zum Zeitpunkt der Entscheidung als selbstbestimmungsfähig eingeschätzt wurden.

Die Forscher weisen darauf hin, daß die Studienergebnisse aufgrund der gewählten Zielgruppe - ärztliche Mitglieder der „Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin“ - nicht auf die gesamte Ärzteschaft übertragen werden können.

„Es ist jedoch bemerkenswert, dass ein Teil der befragten Ärzte, zumal in der Gruppe der Befragten ohne palliativmedizinische Zusatzbezeichnung, eine Verkürzung des Lebens nicht nur vorhersieht, sondern beabsichtigt“, erläutert Dr. Jan Schildmann vom „Institut für Medizinische Ethik“.

Die CDL möchte im Mai 2011 ein eigenes Positionspapier zum Thema „Beihilfe zum Suizid“ herausbringen.

## CDU-Landesparteitag in NRW

Unter großer Beteiligung des Landesvorstandes konnte die CDL-NRW am 12. März 2011 in Siegen beim CDU-Landesparteitag prominente Gäste am Stand begrüßen. In vielen Einzelgesprächen mit Bundes- und Landtagsabgeordneten, Delegierten und interessierten Gästen warben die Vorstandsmitglieder u. a. für ein Verbot der PID.



FOTO: Unser CDL-Team mit CDU-Generalsekretär **Hermann Gröhe** (Mitte) und dem CDU-Bundestagsabgeordneten **Ralph Brinkhaus** (siehe rechts).

## Abschied vom Embryonenschutz?

Jetzt erschien im Bachem-Verlag ein fundierter Sammelband unter dem Titel „Abschied vom Embryonenschutz? - Der Streit um die PID in Deutschland.“ - Herausgegeben wird das 178 Seiten starke Sachbuch von Prälat Prof. Dr. Peter Schallenberg und dem bekannten Lebensrechtsexperten und Würzburger Richter Rainer Beckmann.

Der Sammelband enthält sieben Beiträge sachkundiger Autoren, darunter der Sozialethiker Prof. Dr. Manfred Spieker sowie der Medizinethiker Prof. Dr. Axel Bauer und der Rechtswissenschaften Prof. Dr. Christian Hillgruber.

Das faktenstarke Buch kostet 15 € und kann bei der CDL-Bundesgeschäftsstelle bezogen werden.



FOTO: Die CDL-Landesvorsitzende im Gespräch mit CDU-NRW-Generalsekretär **Oliver Wittke** (CDL-Mitglied).

## Das „Wunderkind“ lebt!

### Bericht von CDL-Mitglied Cordula Mohr

*Unser CDL-Mitglied Cordula Mohr aus Rheine ist Mutter von drei Kindern, wozu auch eine sehr liebenswerte, behinderte Tochter gehört.*

*In entsprechenden Internet-Chats diskutiert Cordula mit Frauen, die eine Abtreibung erwägen, auch mit einer Schwangeren, die sich mit Nicknamen „Cheeseburger“ nannte.*

*Hier folgt der Erlebnisbericht von Frau Mohr:*

„Diese junge Frau schrieb also im Internetforum Folgendes:

„Nach Schwangerschaftsabbruch immer noch schwanger! Bin total verzweifelt, bitte keine Moral predigen. Anfang Dez. 2010 einen Abbruch gemacht. Bei einer Kontrolle im Februar

2011 wird festgestellt, daß ich im 5. Monat schwanger bin. Ärztin war geschockt. Ich ebenfalls. Habe bis jetzt nicht ansatzweise gemerkt, daß ich schwanger bin. Der Bauch ist nicht gewachsen. Bitte um Rat.“

Ich antwortete der Schreiberin, daß so etwas bei einer Abtreibung durchaus vorkommen kann. Das ungeborene Kind flüchtet vor der Absaugkanüle. Dies kann man auch im Film „Der stumme Schrei“ von Dr. Nathanson erkennen.

Ich empfahl der ratlosen Frau eine Beratungsstelle und wies auf die Adoptionsmöglichkeit hin. Ich habe ihr zudem davon abgeraten, einen Prozeß gegen den Arzt zu führen, denn das würde sie seelisch kaputt machen. Nochmal abtreiben? Das alles wäre eine Tortur. (Die meisten anderen

Postings gaben ihr den Rat, sie solle den Arzt verklagen und das Kind zum „Schadenfall“ erklären.)

Sie schrieb aber zurück: „Wenn das Kind alles gut überstanden hat, ist es ein Wunderkind. Ich verzichte auf das Geld vom Arzt, denn damit würde ich niemals glücklich werden. Mein Freund steht hinter meiner Entscheidung.“

Ich teilte ihr mit, daß ich mich riesig freue, daß ich an sie und das Baby denke und bete, daß alles gut wird. Sie schrieb zurück: „Küsschen, danke, danke, danke vielmals. Ich stelle ein Ultraschall-Bild ins Forum.“

Heute – am 28.2.2011 – berichtet sie mit US-Bild vom Kind, daß alles in Ordnung ist. Das Kind ist gesund. Es ist wie ein Wunder!“



## TERMIN-Auswahl

**7. - 14. Mai 2011**  
Woche für das Leben

**2. - 5. Juni 2011**  
Infostand beim evang.  
Kirchentag in Dresden

**1. Juli 2011**  
gemeinsames Symposium  
von CDL, JVL, ALfA in Köln

**17.9.2011**  
Marsch fürs Leben in Berlin

**15.10.2011**  
Bundes-  
mitgliederversammlung

## Beratung und Hilfe für Schwangere

01 80 - 36 999 63 · [www.vita-l.de](http://www.vita-l.de)



### Impressum:

Christdemokraten  
für das Leben e.V.  
48167 Münster, Schlesienstr. 20  
Telefon: 02 51 - 6 28 51 60  
Telefax: 02 51 - 6 28 51 63  
E-Mail: [info@cdl-online.de](mailto:info@cdl-online.de)  
Internet: [www.cdl-online.de](http://www.cdl-online.de)

Redaktion:  
Mechthild Löhr  
Odila Carbanje

## Familien-Seminar der KAS

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) veranstaltet Anfang Mai ein familienpolitisches Seminar mit dem Titel: „Was bedeutet heute Lebensglück und Lebenssinn?“

Fachkundige Referenten, darunter die CDL-Vorsitzende, sprechen über politische, wissenschaftliche und pädagogische Fragen rund um die Familie. Das Seminar findet vom 6. bis 7. Mai 2011 in Mainz (Erbacher Hof) statt. Vollpension und Unterkunft für zwei Tage: 80 € (Studenten 50 €).

Infos und Anmeldung:  
[Kas-mainz@kas.de](mailto:Kas-mainz@kas.de)  
Telefon 06131-2016930  
Telefax 06131-2016939

## CDL-Landesverband Berlin

### Besuch des Theaters „Rambazamba“

Gemeinsam mit der CDU Prenzlauer Allee und dem Kreisverband der Jungen Union Pankow besuchte die CDL-Berlin am 11. März 2011 das Theater Rambazamba. In dem integrativen Theaterprojekt sind besonders Menschen mit Down Syndrom beteiligt. Spielstätte ist das ehemalige Stallgebäude auf dem Gelände der Kulturbrauerei im Prenzlauer Berg.

Nach einer Einführung durch die Theatergründerin und Regisseurin Dr. Gisela Höhne erlebten die Teilnehmer eine beeindruckende 90ig-minütige Inszenierung von Franz Schuberts Liederzyklus „Winterreise“.

Im Anschluß gab es eine rege Diskussion mit der Theaterleiterin und Darstellern über die Integration und Inklusion behinderter Mitbürger in unsere Gesellschaft. Hierbei ist es Ziel

## Stand beim Kongreß „Treffpunkt Weltkirche“

Vom 18. bis 20. März 2011 haben mehr als 2500 Menschen in Würzburg den „4. Internationalen Kongreß Treffpunkt Weltkirche“ von KIRCHE IN NOT besucht.

Viele Teilnehmer nahmen die Gelegenheit wahr, sich über aktuelle Lebensrechtsfragen zu informieren und mit unserer Bundesvorsitzenden Mechthild Löhr zu sprechen. Neben einer langen Liste von Interessenten konnten wir allein vor Ort elf neue Mitglieder gewinnen.

des Theaters, eine Brückenfunktion zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen einzunehmen.

Das einzigartige Theaterprojekt wurde bereits mehrfach ausgezeichnet und konnte auf zahlreichen Tourneen im In- und Ausland mehrere tausend Zuschauer begeistern.

Der größte Wunsch von Dr. Gisela Höhne wäre eine langfristige – nicht nur projektbezogene – Finanzierung des Theaters durch Bezirk, Land und Bund, um die künstlerische Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben dauerhaft zu sichern.

Sowohl Dr. Torsten Kühne, Spitzenkandidat der CDU für das Bezirksparlament Pankow, wie auch Stefan Friedrich, Landesvorsitzender der CDL Berlin, sagten der engagierten Theaterleiterin hierfür ihre Unterstützung zu.

Weiterführender Link:  
[www.theater-rambazamba.org](http://www.theater-rambazamba.org)

*Stefan Friedrich*

## Bitte spenden Sie für das Leben!

Der Schutz des menschlichen Lebens zählt zu den vordringlichen Aufgaben in dieser Gesellschaft.

**Unterstützen Sie die weitere Arbeit der CDL mit Ihrer Spende!**

### Spendenkonto:

**Sparkasse Meschede, Konto Nr. 2584, BLZ: 464 510 12**

P.S.: Wir erhalten keinerlei öffentliche oder parteiliche Förderung.  
Jede Zuwendung an die CDL ist steuerlich begünstigt!  
Sie erhalten eine Spendenbescheinigung.